

Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit

Aufgrund der „Gemeinsamen Regelung“ Oberster Bundesbehörden vom 22. März 1994 für den Ausschluss von Unternehmen von der Vergabe öffentlicher Aufträge bei illegaler Beschäftigung von Arbeitskräften (temporäre Auftragssperre) wird vermutet, dass die erforderliche Zuverlässigkeit i.S. von § 6 Abs. 5 Buchst. c VOL/A nicht besitzt, wer wegen illegaler Beschäftigung (§ 404 Abs. 1, Abs. 2 Nr. 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch, §§ 15, 15 a, 16 Abs. 1 Nr. 1, 1 b und 2 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, § 1 des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und Illegalen Beschäftigung) zu einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen verurteilt oder mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 € belegt worden ist.

Des Weiteren gilt im Vergabeverfahren grundsätzlich als nicht zuverlässig i.S. von § 6 Abs. 5 Buchst. d VOL/A, wer seine Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung nicht ordnungsgemäß erfüllt hat.

Zum Nachweis der Zuverlässigkeit wird von jedem Bieter/Bewerber um einen öffentlichen Auftrag die nachfolgende Eigenerklärung verlangt. Falls die Bieter/Bewerber ihren Sitz außerhalb der Bundesrepublik Deutschland haben, bezieht sich deren Erklärung auf die Rechtsvorschriften des Landes, in dem sie niedergelassen sind.

Von der Teilnahme am Wettbewerb können Unternehmen nach § 6 Abs. 5 Buchst. e VOL/A ausgeschlossen werden, die vorsätzlich unzutreffende Erklärungen im Bezug auf ihre Eignung abgeben.

Eigenerklärung:

Hiermit wird versichert, dass Strafen oder Bußen für die oben erwähnten Tatbestände oder für vergleichbare Tatbestände nach den am Firmensitz geltenden Rechtsvorschriften während der letzten zwei Jahre gegen mich/uns nicht verhängt worden sind. Darüber hinaus wird versichert, dass der Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung gemäß den am Firmensitz geltenden Rechtsvorschriften von meiner/unserer Seite ordnungsgemäß nachgekommen worden ist.

Ich verpflichte mich/Wir verpflichten uns, die vorstehende Erklärung auch von Unterauftragnehmern zu fordern und auf Verlangen bei der Vergabestelle vorzulegen.

Ort, Datum

Name/Firmenstempel, rechtsverbindliche Unterschrift